Platziabbeck Nr. 7, 30. Dezember 2023

Rathaus, Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln Tel. 0221-221-278 40, E-Mail: DieLinke@stadt-koeln.de www.linksfraktion-koeln.de

Die Linke - Fraktion im Rat der Stadt Köln

Mehr Frauen in Aufsichtsräten ist besser für alle

Fraktion im Kölner Rat

Der Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln legt aus linker Sicht ein Mindestmaß an moralischem Verhalten im Bezug auf städtische Unternehmen fest. Neben Anforderungen an Transparenz und Korruptionsabwehr beinhaltet er auch Bestimmungen zur Zusammensetzung der Aufsichtsräte. Mindestens 40 Prozent der Mitglieder sollen Frauen sein. In vielen Fällen wird diese Bestimmung nicht einge-

Solange Männer in den Leitungsgremien unter sich bleiben, haben sie wenig Neigung auf die Bedürfnisse von Frauen einzugehen. Zu diesen Bedürfnissen gehören z. B. ein anderer Führungsstil, eine empathischere Kommunikation oder auch die Vereinbarkeit von Familienverpflichtungen (die zu einem weit größeren Teil immer noch Frauen übernehmen) mit ihrem Job.

Es macht auch einen negativen Unterschied für Männer selbst, wenn Männer in den Leitungsgremien weitgehend unter sich bleiben. Mehr Frauen, mehr Diversität führen zu einer anderen Unternehmenskultur. Eine weiblichere Unternehmenskultur führt zu mehr Jobzufriedenheit. Denn hier ist nicht allein die Lohnhöhe entscheidend. Langfristig wichtiger ist es, ein gutes Betriebsklima mit Wertschätzung der Mitarbeitenden und gelungener sozialer Interaktion zu etablieren. Hier haben weiblich geprägte Unternehmen die Nase vorn.

Jobzufriedenheit ist eine wichtige Ressource für kommunale Unternehmen. Denn sie konkurrieren mit Unternehmen der freien Wirtschaft um zu wenige Fachkräfte.

Köln bleibt sozial

Die Verabschiedung des Bundeshaushalts 2024 wurde aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts verschoben. Für den Bereich Klimaschutz und Mobilität stehen für die Stadt Köln und ihre Beteiligungsunternehmen Mittel in dreistelliger Millionenhöhe für Investitionen auf der Kippe. Im Sozialbereich könnten es zweistellige Millionenbeträge sein.

Wurden die Kürzungen, allein für das Kölner JobCenter von über 20 Mio. Euro, zurückgestellt, weiß man jetzt bei den neuen Beratungen nicht, was da kommen könnte.

Gut ist, dass viele soziale Träger wachsam sind und sich öffentlich engagieren und protestieren.

"Köln bleibt sozial" riefen 8.000

Leute am 30. November auf der Demonstration der Liga der Wohlfahrtsverbände. Beeindruckend war wie viele junge Menschen aus den Einrichtungen, Kitas und OGSen sich engagierten.

Die Menschen spüren, dass man unter den gegenwärtigen Bedingungen einen sozialen Kahlschlag aus Berlin nicht ausschließen kann. Träger fürchten um ihre Existenz. Die freie Wohlfahrt kann Kürzungen nicht kompensieren.

Umso wichtiger ist, dass wir hier in Köln unsere Aufgaben erledigen: Ja, Köln muss sozial bleiben! So verstehen wir den Ratsantrag, den die Linke gemeinsam mit den demokratischen Fraktionen in den Rat eingebracht hat.

Wir können froh sein, dass wir in der Pandemie trotz Bedenken und





Wir wollen gut funktionierende öffentliche Unternehmen, die zu guten Bedingungen gute Daseinsvorsorge produzieren. Eine McKinsey-Studie aus dem Jahr 2020 stellt fest: Unternehmen mit hoher Gender-Diversität sind um 25 % profitabler, bei gleichzeitig hoher ethnischer Diversität sogar um 36 %.

Führungskräfte neigen dazu, Menschen nach oben zu holen, die sind wie sie: Männliche Führungskräfte bevorzugen Männer in einem ähnlichen Alter und mit einem ähnlichen Werdegang bzw. background. Damit diese homogenen Gruppen sich nicht dauernd reproduzieren, sind Quoten so wichtig. Das hat auch die Mehrheit in unserer Gesellschaft erkannt. Der Public Corporate Governance Kodex (PCGK) berücksichtigt dies, aber auch viele Unternehmen, die sich zukunftsfest aufstellen und besser werden wollen.

Mehr Diversität in den Aufsichts-

räten ist nicht alleine ausschlaggebend für einen Kulturwandel im Unternehmen. Aber es ist ein wichtiges Instrument, um Betriebe zukunftsfest aufzustellen. Damit die Politik ein ausreichend großes Reservoir an Kandidatinnen hat, soll sie

bereits ihre Kandidat*innenlisten entsprechend aufstellen. Das hat Die Linke in der Dezemberratssitzung beantragt.

Allerdings bestand unser Antrag nur aus einem Appell, denn Kriterien zur Aufstellung von Kandidat*innenlisten dürfen Parlamente wie der Rat nicht festlegen. Aber auch das konnte eine Mehrheit nicht überzeugen. Politische Parteien haben das Recht, unternehmensfeindliche und rückwärtsgewandte Beschlüsse zu treffen. Klug ist das allerdings nicht.

Güldane Tokürek



"Reclaim The Night", "Wir fordern die Nacht zurück", riefen u. a. unserer Mitglieder im Gleichstellungsausschuss Sarah Niknamtavin und Sonja Waszerka. Der AK Frauen und viele Parteimitglieder der Linken liefen auf der traditionell am 25. November stattfindenden Demo zum Tag gegen Gewalt an Frauen mit.

Köln bleibt sozial

nur auf Druck von Linken und SPD die Strukturfördermittel von 5 Mio. Euro für 2023 und 2024 entwickelt haben, auf die wir uns jetzt stützen können, und deren Nutzung wir mit dem gemeinsamen Antrag ausbauen werden.

Mit weiteren 5 Mio. Euro 2024 sollen die freiwilligen Leistungen gesichert werden. Für die Bereiche Soziales, Kommunales Integrationsamt, Schulsozialarbeit und Jugendförderung stehen diese Mittel jetzt zur Verfügung.

Dagegen viel schwieriger zu finanzieren sind die weit über 10 Mio. Euro, die für pflichtige Aufgaben zuAnteil an den Gesamtkosten von 42 % bei der OGS und von 52,2 % bei den Kitas. In dieser Höhe sollte sich die Stadt auch an den Zusatzkosten beteiligen.

Mit einem gemeinsamen Antrag auch der Linken im Kölner Stadtrat wurde am 7. Dezember mit großer Mehrheit beschlossen:

"Die gesamte Verwaltung wird aufgefordert, in den pflichtigen Bereichen, wie z. B. im Bereich Kita und OGS, ausreichende Finanzierungen zum Ausgleich der gestiegenen Personalkosten sicherzustellen".

Auf Intervention der Oberbürgermeisterin und der Kämmerin wur-

> de dieser Satz in einen Prüfauftrag geändert.

Die Linke erklärte in der Ratsdebatte:

"Man kann alles prüfen. Aber eine staatliche Pflichtaufgabe kann die Stadt Köln nicht ein-

stellen. Das Land hat zum Beispiel bereits 6,3 Millionen Euro für gestiegene Personalkosten im Kita-Bereich überwiesen. Da muss die Stadt möglichst schnell mit ihrem Anteil gleichziehen. [...]

Wir brauchen die Trägerstruktur. Wenn Träger in die Insolvenz gehen, fällt diese Pflichtaufgabe sofort an die Stadt zurück. Dann muss die Stadt ein eigenes Angebot machen. Das wird nicht billiger und verzögert sich! Eltern und Kinder aufgepasst!"

Peter Krücker von der Liga der Wohlfahrsverbände erklärte nach dem Ratsbeschluss:

"Die von uns in den letzten Monaten in Gesprächen mit Politik und Verwaltung ... kommunizierten Herausforderungen wurden mit dem Beschluss fraktionsübergreifend anerkannt. Es stimmt uns positiv, dass die Kölner Politik unser Problem verstanden und ein wichtiges Zeichen zum Erhalt der sozialen Infrastruktur und der Trägervielfalt in Köln gesetzt hat."

Es kann nicht sein, dass städtisches Personal, das pflichtige Aufgaben für die Stadt Köln wahrnimmt, eine Lohnerhöhung bekommt, und Personal von sozialen Trägern, das pflichtigen Aufgaben über einen Träger ebenfalls für die Stadt Köln übernimmt, die Lohnerhöhung nicht bekommt.

Deshalb gilt der alte gewerkschaftlichem Grundsatz: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Jörg Detjen



sätzlich benötigt werden, vor allem im Bereich Personalkosten für die Beschäftigten in den Kitas und OGSen. Die Stadt Köln trägt einen

Aus den Bezirken



Mülheim

Leerstehende GAG-Wohnungen kurzfristig vermieten

"Die Bezirksvertretung Köln-Mülheim beauftragt die Verwaltung in Zusammenarbeit mit der GAG zu überprüfen, ob leerstehende Wohnungen in der GAG-Siedlung Köln-Stammheim/Moses-Hess-Straße, Adolf-Kober-Straße, Elias-Gut-Straße usw. doch für Wohnungsuchende, Wohnungslose, Obdachlose und Geflüchtete bewohnbar zu machen sind."

Die Linke in der Bezirksvertretung Mülheim initiierte den oben genannten Prüfantrag, der einstimmig in der Sitzung am 27.11.2023 angenommen wurde. Hintergrund sind die Pläne der GAG, Wohnblöcke in der oben genannten Siedlung in den nächsten Jahren nach und nach leer zu ziehen, abzureißen und neu zu bauen

Hemmschuh dabei scheint nach Aussagen der GAG die Notwendigkeit zu sein, sämtliche Projekte und Entscheidungen zu prüfen und neu zu kalkulieren. Weiterhin steigende Baukosten und Zinsen sowie Unsicherheiten bei den Förderprogrammen des Bundes und die Engpässe bei Material und Fachfirmen seien auf dem Prüfstand, um die Wirtschaftlichkeit zu gewährleisten.

Die GAG hatte auf eine Anfrage unserer Fraktion im September 2023 mitgeteilt, dass die in den 60iger Jahren in einfacher Bauweise errichteten Wohnungen in einem schlechten baulichen und energetischen Zustand seien. Die Aufwendungen für ein Wiederherrichten zur vorübergehenden Weitervermietung seien unverhältnismäßig und betriebswirtschaftlich nicht darstellbar. Dies erschien uns nicht nachvollziehbar, zumal viele Wohnungen weiterhin bewohnt sind.

Die von der GAG selbst auferlegten Prüfungen könnten am Ende zu einer anderen Strategie führen und Sanierungen von Wohnungen im Bestand möglichweise doch als zielführend angesehen werden, oder zumindest eine zeitlich begrenzte Weitervermietung finanziell doch günstiger sein als z.B. Geflüchtete in Hotelzimmern unterzubringen. Für Wohnungssuchende, Wohnungslose, Obdachlose und Geflüchtete wäre es eine Chance, kurzfristig doch eine Lösung für ihre Notlage zu erhalten.

Beate Hane-Knoll

Kalk

Ein Wald in Ostheim für Neubrück

Naja, eigentlich ist es Rath-Heumar oder doch Ostheim? Es geht um die bisher landwirtschaftlich genutzte dreieckige Fläche zwischen der Tankstelle in der Pauline-Christmann-Strauße und der Autobahn. Die Linke in der BV Kalk hatte im April 2022 bei der Verwaltung nachgefragt, wann der dort bereits in 1992 (!) per Bebauungsplan festgesetzte Wald denn käme. Bereits im August antwortete die Verwaltung, dass dies für 2024/25 angestrebt werde und über das Projekt

"Ein Wald für Köln" finanziert werden solle.

Weiteren Auftrieb erhielt das Projekt durch den in Köln weltbekannten Porzer Guido Cantz, der anlässlich seines 30-jährigen Bühnenjubiläums in 2022 für jeden seiner 200 Auftritte in der Session 22/23 einen Baum spenden wollte, um Danke zu sagen und etwas fürs Klima zu tun. Was liegt für einen Porzer näher, als sich mit der Idee an das "Haus des Waldes" auf Gut Leidenhausen in Porz zu wenden. Dort hatte man die Idee, dass Cantz einen Apfelbaum auf der Obstwiese in Leidenhausen pflanzen sollte und die übrigen 200 nach Ostheim in den dortigen 5. Kölner "Wald für Köln" kommen werden. Tatsächlich kam es bereits am 25. November zur Pflanzaktion in Ostheim. Ja. der Zipfel gehört tatsächlich zu Ostheim. Jedenfalls liegt der Wald vor der Neubrücker Haustür und wird den Neubrückerinnen durch Kühlung und Filterung der Stäube von der Autobahn sicherlich mehr nutzen als den Ostheimerinnen. Neben Guido Cantz packte auch unser Genosse HP Fischer tatkräftig mit an, da er 25 gm Wald spendete.

Bei dieser Aktion wurde auch schon für den 6. Wald für Köln geworben, der ebenfalls nach Ostheim kommen wird und zwar auf die anderen Seite der Autobahn.

Denis Badorf



Wer, wie unser Bezirksvertreter HP Fischer Bäume setzt, obwohl er weiß, dass er nie in ihrem Schatten sitzen wird, hat zumindest angefangen, den Sinn des Lebens zu be-

Aus den Ausschüssen

Stadtentwicklung

Opposition wirkt

Im jüngsten Stadtentwicklungsausschuss ging es erneut um Kreuzfeld. So heißt der neue Stadtteil im Kölner Norden, welcher ab circa 2028 gebaut werden soll. Dort sollen gut 3000 Wohnungen entstehen. Daneben soll es auch Kitas. Schulen. Jugend- und Seniorenzentren geben. Neben der GAG sollen Viva West und die Immobilienfirma Dornieden Wohnungen bauen und im Bestand halten. Der Grund gehört überwiegend der Stadt.

Lange vor der formalen Planung und Bürgerbeteiligung gab es eine vorgeschaltete Leitbilddiskussion. Hierbei wurde sich darauf verständigt, dass der neue Stadtteil unter folgenden Prämissen entwickelt werden soll: Nachhaltig und klimafreundlich, gesund leben, gute Bildung.

Es ist zu befürchten, dass die guten Vorsätze im Verfahren verwässern. Wurde zu Beginn noch darüber gesprochen, dass möglicherweise eine Außenstelle der Uni oder der TH nach Kreuzfeld kommen soll, zeigen die Pläne heute eine Förderschule. Das Thema gesund leben findet nur in einem Ärztehaus Niederschlag. Mit zu vielen Eigenheimen und zu geringer Bebauungsdichte kann dem Nachhaltigkeitsgedanken nicht nachgekommen werden. Zu diesen kritischen Punkten hat DIE LINKE einen Änderungsantrag eingebracht:

- 1. Keine Festlegung auf eine Förderschule, denn wir wollen eine Schule für Alle!
- 2. Es reicht nicht ein Ärztehaus zu planen, um einen gesunden Stadtteil zu entwickeln. Die Linke will ein kommunales Gesundheitszentrum.
- 3. Mit Einfamilienhäuser lösen wir das Wohnungsproblem nicht. Es wird zu viel Fläche verbaut. Wir brauchen flächensparende und dauerhaft preiswerte Wohnungen.

Das Bündnis aus Grünen, CDU und Volt würde ja keinen Antrag der LINKEN unterstützten. Deswegen haben diese Fraktionen den Antrag der LINKEN als Vorlage genutzt und einen leicht veränderten Antrag in die Sitzung eingebracht. So hat der Ausschuss dann zwei von drei wichtigen Punkte der Linken beschlossen: Nun muss die Verwaltung die Festschreibung Förderschule löschen und für eine höhere Dichte und mehr Flächenschonung sorgen. Michael Weisenstein

Soziales

Wohngeldanträge steigen weiter

13.053 Anträge auf Wohngeld sind in Bearbeitung. Vor einem halben Jahr waren es "nur" 10.000 Anträge. Rund 30 Prozent aller Anträge werden abgelehnt. Die durchschnittliche Höhe des Wohngeldes lag 2021 bei 255 Euro. 34.400 Kölnerinnen und Kölner erhielten insgesamt 27,5 Millionen Euro.

Im Jahr 2023 werden die Zahlen deutlich höher sein und das Gesamtvolumen bei ca. 40 Millionen Euro liegen. Wohngeld ist ein wichtiger sozialpolitischer Beitrag, gerade weil die prekären Beschäftigungsverhältnisse zunehmen.

Jörg Detjen

Soziales

Gebühren für die Nutzung von Flüchtlingsheimen

Der Sozialausschuss und der Rat haben einen neuen Gebührensatz beschlossen, eine Art Nutzungsgebühr für Flüchtlinge, die in einem Flüchtlingsheim wohnen. In der Regel werden diese Kosten fast immer vom JobCenter übernommen. Es gibt aber auch Ausnahmen, z. B. für Menschen, die arbeiten und Geld verdienen. In dieser Gruppe der "Selbstzahler" sind viele hundert Menschen zu Schaden gekommen, weil die Gebühren für ein Zimmer absurd hoch sind. Bei einem Quadratmeterpreis warm von 19 bis 29,50 Euro sitzen Geflüchtete, die arbeiten, teilweise auf "Miet"-schulden von 30.000 Euro! Die neue Regelung soll das verhindern. Die Altfälle, also Forderungen an Flüchtlinge, bleiben bestehen.

Der Sozialausschuss hat ausdrücklich beschlossen, dass diese Altfälle abgeschrieben werden sollen. Die Verwaltung soll bis zur nächsten Sitzung am 18. Januar einen Prüfbericht vorlegen. Problematisch ist auch, dass nach Aussage der Verwaltung jeder Fall einzeln geprüft werden muss, bevor er niedergeschlagen werden kann.

Die demokratischen Fraktionen im Sozialausschuss sind sich jedenfalls einig, dass hier etwas passieren muss. Auch die Willkommensinitiativen sind aktiv, machen Druck und fordern die Niederschlagung der unmoralischen Altschulden.

Jörg Detjen

Sport

Das Radstadion wird gebaut

Die Albert-Richter-Bahn wird gebaut. Benannt nach dem antifaschistischen Radrennfahrer, hat-



Albert Richter Foto von user:Nicola54 / Nicola - self-made by user:Nicola54, CC BY-SA 2.0 de, https://commons.wikimedia.org/w/index. php?curid=3285583

te die Ratsfraktion bereits 2021 60,4 Millionen Euro dafür bewilligt. Zwischenzeitlich waren die Baukosten aus dem Ruder gelaufen. Ein neuer Ratsbeschluss nach einem Ausschreibungsverfahren war nötig, weil die Baukosten auf 122,7 Millionen Euro gestiegen waren. Ende des Jahres musste der Rat erneut entscheiden, sonst wären Landes- und Bundesmittel in Höhe von rund 57 Millionen Euro verloren gegangen.

Die Entscheidung fiel mit großer Mehrheit. Die Radrennbahn war auch Bestandteil des Sportentwicklungsplans der Stadt Köln.

Das Projekt ist auch eine Kooperation mit der Sporthochschule Köln und dem Bund Deutscher Radfahrer. Die Halle wird eine Multifunktionshalle, in der auch Basketballund Volleyballspiele mit bis zu 4.000 Zuschauern möglich sind.

Jörg Detien

Stadtentwicklung

Mit der knappen Ressourcen "Fläche" sorgfältig umgehen!

Der Stadtentwicklungsausschuss hat am 30.11.2023 über den Bebauungsplan für das große Neubaugebiet Rondorf Nord-West beraten. Hier soll in den nächsten Jahren auf privatem Grund neuer Wohnraum entstehen.

Die Planung für Rondorf Nord-West bleibt weit unter den im "Köln Katalog" festgelegten Zielwerten einer sinnvollen baulichen Dichte zurück. Der "Köln Katalog" ist eine städtische Handlungsempfehlung, die sich dafür ausspricht auch in Kölns Außenbezirken dicht zu bauen und möglichst auf Einfamilienhäuser zu verzichten. Im Widerspruch zu den eigenen Empfehlungen plant die Stadt nun jede Menge Einfamilienhäuser in Rondorf Nord-West.

Die Linksfraktion forderte in einem Änderungsantrag, das Neubaugebiet in der bisherigen Form nicht weiterzuverfolgen und so umzuplanen, dass es den vom Rat beschlossenen Anforderungen für kompakte, nachhaltige und lebenswerte Quartiere entspricht. Bei Klima- und Wohnungsnotstand wertvolle Flächen leichtfertig mit zu geringen Dichten zu bebauen ist künftigen Generationen gegenüber nicht zu verantworten. Eine Planung, wie sie für Rondorf Nord-West vorliegt, ist aus der Zeit gefallen. Sie muss gestoppt und grundlegend überarbeitet werden. Die Planung unterläuft den Klimaschutz und verhindert die dringend gebotene dichte Bebauung mit preiswerten Mietwohnungen in Geschossbauweise.

Zudem ist der hohe Anteil an Einfamilienhäusern nicht erforderlich, um die Nachfrage nach diesem Haustyp in Köln zu befriedigen. Gelingt in den bestehenden Einfamilienhäusern der Generationswechsel von Senior*innenhaushalten hin zu jungen Familien, reicht der heutige Einfamilienhausbestand aus.

Der Neubau von Einfamilienhäusern löst die Kölner Wohnungsnot nicht. Tatsächlich hat die Verwaltung die Vorlage zur Ratssitzung zurückgezogen. Die Linke bleibt dran.

Michael Weisenstein

Umwelt

CO2-Fußabdruck des Deutzer Hafens

Nur noch knapp sieben Jahre, dann haben wir, wenn wir so weitermachen, das Budget für die Einhaltung des 1,5 Grad-Ziels erschöpft. Das heißt, wir müssen unsere Anstrengungen zur CO2-Reduzierung erhöhen. Dafür müssen auch CO2-Quellen aus Infrastrukturvorhaben berücksichtigt werden. Gerade das aber geschieht nicht. Der CO2-Aus-

stoß in Köln wird, wie in vielen anderen Städten. nach BISKO bilanziert. Die CO2-Emissionen, die durch Stoffe wie Zement, Stahl und Glas entstehen, sind nicht enthalten.

Die "Deutsche Gesellschaft für

Nachhaltiges Bauen" hat ermittelt, dass bei konventionellen Neubauten im Lebenszyklus von 50 Jahren zwischen 500-800 kg CO2/m2 entstehen. Die Erstellung macht dabei mindestens ein Drittel der gesamten Gebäudeemissionen aus.

Laut Umweltorganisationen werden je Kilometer U-Bahn-Tunnel 99.000 Tonnen CO2 freigesetzt.

Der Bau von Häusern, Straßen, Brücken, Tunneln, Versorgungsleitungen usw. verursacht jede Menge CO2.

Noch fehlt in Köln eine ausreichende Betrachtung der durch das Bauen verursachten CO2-Emissionen. Das muss sich in Zeiten des Klimanotstands ändern. Das Neubauprojekt Deutzer Hafen bietet sich für eine exemplarische Berechnung des CO2-Fußabdrucks an. Projektentwickler für den Deutzer Hafen ist die stadteigene "moderne stadt".

Deshalb haben wir im Umweltausschuss den Antrag zur Ermittlung des CO2-Fußabdrucks des Deutzer Hafens gestellt. Das Ziel für die Zukunft muss sein, bei allen Infrastrukturmaßnahmen bereits im Planungsstadium die CO2 Emissi-



Foto: Anna auf Pixabay

onen zu kennen und so viele wie möglich zu vermeiden.

Elisabeth Lange

Finanzzusage des Bundes – Restaurierung der Historischen Stadtbibliothek sicher

In der Historischen Stadtbibliothek Köln lagern Bücherschätze aus dem 15. bis 19. Jahrhundert. Sie sind teilweise stark beschädigt und müssen dringend restauriert werden, um sie zu erhalten. Das sehr rührige Kuratorium zur Rettung der Historischen Stadt- und Wallraf-Bibliothek konnte bisher Finanzzusagen der Stadt, des Landes und der Universität sowie private Spenden einwerben. Mitte November ist es gelungen, auch die benötigten jährlichen 100.000 Euro des Bundes in seinem Haushalt zu verankern.

Gegenwärtig droht durch Kürzungen von Bund und Land ein sozialer wie kultureller Kahlschlag. Gut, dass der Bund doch Verantwortung für die historischen Bücher der Stadt Köln übernehmen will. Wenn diese nicht dem Verfall preisgegeben werden sollen, müssen sie jetzt restauriert werden. Besonders erfreulich ist, dass die historische Erstausgabe des Kommunistischen Manifests von 1848 bald wieder angemessen hergestellt ist. Köln war schließlich die Stadt, in der Karl Marx am längsten journalistisch und politisch arbeiten konnte, bevor er gezwungen wurde, Deutschland für immer zu verlassen.

Heiner Kockerbeck

"Französische Verhältnisse" in Köln-Mülheim

Jugendhilfeprojekt im Don-Bosco-Club wird Opfer der "schwarzen Null"

Martin, 23, ist seit März in Köln auf der Suche nach Arbeit und Wohnung. Er ist in der Notschlafstelle im Don-Bosco-Club in Mülheim untergekommen, tagsüber hat er im Club gelebt, in der Werkstatt Fahrräder repariert und mit Holz gearbeitet. Hier im Don-Bosco-Club gibt es nicht nur Kicker an jeder Ecke, sondern auch eine Sporthalle, da bietet David, der Psychologe, Boxen an. Nun hat Martin einen Hotelplatz. Armani, ein 23-jähriger Pakistani, ist immer noch in der Notschlafstelle, er hat noch keine andere Unterkunft. In die Winterhilfe für Obdachlose will er nicht, "da gibt es Drogen,

die stechen, hier ist es ruhig und sauber. Die helfen uns auch am PC" - oder dabei, an Personalausweis und Sozialversicherung zu kommen - ein großes Problem für die Jugendlichen hier.

Das größte Problem aber: Das Projekt "Work4You" im Don-Bosco-Heim muss zum Jahresende 2023 schließen. Dieses Projekt zur Inte-

gration benachteiligter Jugendlicher und junger Erwachsener zwischen 15 und 25 Jahren mit 24/7 Angebot - inklusive Notschlafstelle - ist Opfer des Rotstifts der Bundesregierung und des Jobcenters Köln, wie viele sozialpädagogische Angebote, zu denen Staat und Kommunen nicht gesetzlich verpflichtet sind.

Allein in 2023 hat das Projekt 120 Jugendliche erreicht, die hier Ansprechpartner*innen, eine Schlafstelle, kostenlose Mahlzeiten und auch Beschäftigung mit Technikprojekten, Musik, in der Küche oder dem Friseursalon gefunden hatten. Für sie ist oft das erste Mal, dass sie ein wenig Struktur in ihren Tagesablauf bekommen.

"Das sind Jugendliche, die keine richtigen Wurzeln schlagen konnten. Sie haben oft keinen Schulabschluss. Das hat viele Ursachen, dass sie nicht gut in der Spur sind. Da muss man sich als Gesellschaft drum kümmern. Sonst kriegen wir hier auch französische Verhältnisse," meint Jutta Gumprich-Kästel, die zusammen mit Matthias Marienfeld, dem pädagogischen Leiter, das Projekt von Anfang an begleitet hat.

22 Menschen haben hier gearbeitet, meist in Teilzeit, um das Angebot mit der Notschlafstelle, den Werkstätten und Mahlzeiten jeden Tag, rund um die Uhr offen zu halten. Drei Anleiter haben den Jugendlichen in der Küche, dem Friseursalon und der Werkstatt Fertigkeiten vermittelt und sie an geregeltes Arbeiten herangeführt. Einige haben einen regulären Ausbildungsplatz gefunden oder einen Schulabschluss gemacht, zumindest von ei-

Schön, dass Du da bisi

nem wissen die Betreuer, dass er sich zur sozialpädagogischen Fachkraft weiterentwickelt hat.

Das Projekt und damit die Jugendlichen werden Opfer der Schuldenbremse. Und die großzügige Anlage des Don-Bosco-Clubs, mit Sporthalle, Veranstaltungsraum, großem Freigelände, den Werkstätten und Clubräumen steht weitgehend leer, eine Verschwendung von Ressourcen.

Fast eine Million Euro hat das Projekt im Jahr gekostet, über 10 Prozent davon wurden vom Träger aufgebracht, der Don-BoscogGmbH, die aus der Kirchengemeinde St. Clemens und Mauritius und dem Salesianer-Orden besteht. Viel Geld für 120 Jugendliche? Man kann das gegenrechnen gegen die Kosten, die jemand verursacht, der auf Dauer aus dem Erwerbsleben herausfällt. Aber es geht nicht nur ums Geld, sondern darum, ob die Gesellschaft Verantwortung übernimmt für diese Jugendlichen, ob

wir es verantworten können, sie buchstäblich auf der Straße stehen zu lassen

Das Job-Center als der Träger des Projekts ist eine gemeinsame Einrichtung von Arbeitsagentur und Kommune. Aber sie unterliegt den Sparzwängen aus dem Arbeitsministerium. Auch die Ansprechpartnerin vom Jobcenter bedauert das Auslaufen des Projektes. "Unser Erfolg ist nicht messbar in Vermittlungsquoten und in Schulabschlüssen, sondern in der Verfügbarkeit und Hilfe für Jugendliche in Not. Das ist es, was uns auszeichnet und was in Köln fehlen wird", meint

Jutta Gumprich-Kästel.

Die Stadt ist jetzt gefordert, erst einmal die Notschlafstellen zu sichern. Da geht es ja nicht einfach um Bed and Breakfast, sondern hier brauchen Jugendliche sozialpädagogische Hilfe, die aus der Spur gekommen sind. Die Stadt finanziert diese Schlafplätze mit 250 000 Euro im Jahr, aber damit allein lässt sich der Rund-umdie-Uhr-Betrieb ebenso wenig finanzieren wie die sozialpäd-

agogische Begleitung. Für den Don-Bosco-Club war die Kombination mit dem Job-Center-Projekt die finanzielle Grundlage, meint Pater Otto von den Salesianern, einer der Geschäftsführer. Mit mehr Geld von der Stadt ließe sich die Notschlafstelle erweitern, die bisher aus sieben Betten in drei Schlafzimmern hesteht

Das wird nicht reichen, meint Attila Gümüs, für Die Linke als sachkundiger Bürger im Jugendhilfeausschuss. Er wohnt selbst in Mülheim und weiß, wie wichtig der Don Bosco Club für den sozialen Brennpunkt Mülheim Nord ist. Er will das Thema in den Jugendhilfeausschuss brin-

"Wenn hier das Jobcenter wegbricht, muss die Stadt dafür sorgen, dass diese wichtige Einrichtung mit dem Projekt work4you erhalten bleibt, dann eben mit Mitteln aus dem Haushalt der Stadt."

> Text und Foto: Karl-Heinz Heinemann

Petition: Stoppt den Ost-West-Tunnel!

Die für Jahrzehnte bedeutsamste verkehrspolitische Entscheidung in Köln wird in den kommenden Monaten getroffen: Für oder gegen einen Tunnel auf der Ost-West-Achse (OWA). Die Verwaltungsvorlage für die Ertüchtigung der Stadtbahn-Achse zwischen Weiden-West und Bensberg soll Ende April 2024 fertig werden und dann in den Gremienlauf gehen. Für das Nadelöhr zwischen Aachener Weiher und Deutzer Brücke wurden eine oberirdische und eine unterirdische Variante geplant. Nur bei der Linie 1 mit ihrem eigenen Gleiskörper auf der Aachener Straße sind längere Züge erlaubt. Die anderen beiden Linien auf der OWA (7+9) dürfen weiterhin nur mit 60-Meter-Zügen auf ihren straßenbündigen Strecken fahren. Das betrifft gleichermaßen die oberirdische und unterirdische Variante. Der Tunnel bietet also keine Kapazitätssteigerung!

Eine Entscheidung pro Tunnel

würde eine jahrzehntelange und milliardenschwere Baustelle guer durch die Innenstadt bedeuten. Die Tunnel-Variante würde längere Fußwege an allen City-Stationen bringen. Durch bis zu 29 Meter tiefe Bahnsteige in der 4. Tiefebene verschlechtern sich die Reisezeiten. Die Haltestelle Mauritiuskirche würde ganz entfallen. Eine Rampe würde das Mauritiusviertel teilen, der Baumbestand würde dort weichen müssen, ebenso würde es für die riesige Baugrube am Neumarkt einen Kahlschlag geben. Der Heumarkt würde dauerhaft durch einen Graben geteilt.

Eine Entscheidung für die Tunnelvariante würde die Verkehrswende in Köln verhindern! Es gäbe nicht nur längere Bauzeiten und um ein Vielfaches höhere Kosten, es würden auch Planungskapazitäten für andere Strecken gebunden.

Das "Bündnis Verkehrswende Köln" hat alternative oberirdische

Konzepte ausgearbeitet, bei denen Taktverdichtungen an Heumarkt und Neumarkt durch jeweils zwei versetzte Haltestellen und ein Ausbau der Quer- und Außenverbindungen im Mittelpunkt stehen.

Eine Petition gegen den Ost-West-Tunnel und für den oberirdischen Ausbau der KVB wurde gerade gestartet und wird von vielen Verbänden wie attac, Fridays, GEW sowie prominenten Kölner Persönlichkeiten wie Jürgen Becker, Pfarrer Mörtter, Prof. Butterwegge unterstützt. Die Ortsverbände der Linken sammeln auf ihren Straßenaktionen Unterschriften und die Ratsfraktion

unterstützt die Petition und ruft auf zur Unterzeichnung und Verbreitung: https://weact.campact.de/p/verkehrswende-statt-tunnelin-koeln





Beim Klimaschutz die soziale Frage beachten!

Die Stadt Köln verfolgt das Ziel einer gesamtstädtischen Klimaneutralität bis 2035. Dieses Ziel wird durch den auf der letzten Ratssitzung zur Kenntnis genommenen "Aktionsplan Klimaschutz" nicht erreicht werden.

Ein großer Mangel dieses Aktionsplans sind die unzureichenden Beiträge der Unternehmen mit städtischen Beteiligungen. Die Stadt Köln ist an einer Vielzahl privater Unternehmen beteiligt, die sich in vielen kommunalen Handlungsfeldern engagieren. In dem Aktionsplan Klimaschutz sind nur einige wenige dieser städtischen Beteiligungen aufgeführt; und die Maßnahmen der aufgeführten Beteiligungen sind dann auch noch unvollständig.

Die Linksfraktion fordert daher eine Erweiterung des Aktionsplans. Wir erwarten von der Verwaltung und den städtischen Beteiligungen bis Mitte nächsten Jahres ein Konzept, mit welchen Maßnahmen und mit welchen Zwischenzielen die gesamtstädtische Klimaneutralität bis 2035 erreicht werden soll.

Während ärmere Menschen sich

höhere Preise am wenigsten leisten können, sind sie gleichzeitig vom Versagen der deutschen und internationalen Klimaschutzpolitik am stärksten betroffen.

Die Linksfraktion fordert daher: Auch arme Haushalte müssen sich die Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen leisten können. Bei allen Entscheidungen über Klimaschutzmaßnahmen ist die soziale Frage zu beachten. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gehören untrennbar zusammen.

Dieses Ziel lässt sich beispielsweise durch den Ausbau des Stre-

ckennetzes der KVB, die Einführung eines Nulltarifs für Bus und Bahn und eine nachhaltige Stadtplanung mit dem Ziel klimagerechter Nachbarschaften erreichen. Diese Maßnahmen sollten daher mit Priorität umsetzt

werden.

Ein entsprechender Änderungsantrag der Linksfraktion wurde von der Mehrheit der Ratsmitglieder abgelehnt. Für ihn stimmten außer der Linksfraktion lediglich die SPD-Fraktion und die KlimaFreunde.

Damit ist die Diskussion natürlich nicht zu Ende. Wir bleiben am Ball: Wir werden mit dem Bündnis Verkehrswende Köln für den Ausbau des Streckennetzes der KVB werben und unseren Vorschlag klimagerechter Nachbarschaften weiter ausarbeiten.

Hans Günter Bell, Uschi Röhrig



Foto: Ilo auf Pixabay

Kitaschließungen am 28. und 29. November

Stadt und Land müssen Kitaträgern Inflationsausgleich zahlen!

Die Proteste der Liga der Wohlfahrtsverbände (siehe auch Artikel S. 1) haben am 28./29. November mit einer Schließung von 100 ihrer Kölner Kitas begonnen. Damit sollte auf die inflations- und tarifabschlussbedingte Finanzierungslücke von 10 % hingewiesen werden.

Die Situation ist dramatisch. Wir wissen von Trägern in NRW, die aufgrund der Kostensteigerungen aufgeben mussten. Trägerinsolvenzen in unserer Stadt würden die ohnehin angespannte Betreuungssituation für Eltern vollends zum Implodieren bringen. Denn Kinderbetreuung ist Daseinsfürsorge. Die Stadt muss schnell einen Weg finden, die Kitaversorgung sicherzustellen und ihren Beitrag dazu zu leisten. Dafür muss das Volumen des Haushalts ausgereizt werden. Fehlende Kinderbetreuung ist nicht nur schmerzhaft für die Kinder, sondern auch eine Katastrophe für Eltern und ihre Arbeitsgeber.

Das Land NRW hatte Köln für seine Kitaträger bereis 6,33 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Doch es ist auch verantwortlich für eine Kitafinanzierung in NRW, die auf Kante genäht ist.

Attila Gümüs, Heiner Kockerbeck

Wärmewende sozial gestalten

Am 4. November 2023 hat die Kölner Linksfraktion gemeinsam mit der Rosa Luxemburg Stiftung und dem Kommunalpoltischen Forum NRW e.V. im Bürgerschaftshaus Bocklemünd eine Tagung zum Spannungsverhältnis von notweniger Wärmewende und bezahlbaren Mieten durchgeführt. Es haben circa 35 Menschen diskutiert. Die Referent*innen waren Dr. Rosalie Arendt. Assistant Professor University of Twente (NL), Dr. Armin Kuhn, Referent für Mieten, Wohnen und Organisierung bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung und André Juffern, Deutscher Mieterbund NRW.

Die stark gekürzten Beiträge werden im Folgenden abgedruckt. Die Vorträge sind in voller Länge auf der Homepage der LINKEN im Rat der Stadt Köln nachzulesen:

Rosalie Arendt:

In der kapitalistischen Marktwirtschaft werden Wohnungen nicht gebaut und vermietet, um Bedürfnisse zu erfüllen, sondern um Kapital zu verwerten. Dieses Profitstreben ist seinem Wesen nach grenzenlos, sodass auf privatwirtschaftlicher Vermieter*innenseite die Interessen klar bestimmt sind: möglichst viele Wohnungen zu bauen, die sich möglichst teuer vermieten lassen, und sich dies inklusive der Folgekosten des Klimawandels von denen bezahlen zu lassen, die es sich am wenigsten leisten können – den vom Klimawandel Betroffenen und Mieter*innen. Das Profitstreben der Immobilienwirtschaft ist somit weder mit sozialen noch ökologischen Zielen vereinbar.

Dr. Armin Kühn

Die Wärmewende, also die Umstellung von Heizen und Warmwasser auf Klimaneutralität, ist eine Schlüsselaufgabe für eine ökologische und zugleich sozial-gerechte Politik. Denn in kaum einem anderen Handlungsfeld lassen sich schnell große Mengen Treibhausgas einsparen und zugleich diejenigen entlasten, die am stärksten unter hohen Mieten, schlechten Wohnbedingungen und Energiearmut leiden. Eine solche Wärmewende duldet weder Vertagung noch Verschleppung.

Klimagerechtigkeit in benachteiligten Nachbarschaften

- 1. Die schnelle Umsetzung klimaneutralen Wohnens, um die Pariser Klimaziele noch erfüllen zu können
- Sozialgerechte Ausgestaltung, d.h. der Klimaschutz ohne Mieterhöhung oder untragbare Kosten für einkommensarme Eigenheimbewohner*innen, damit die Wärmewende die Wohnungskrise nicht noch verschärft
- 3. Spürbare Verbesserungen im Alltagsleben, die nicht nur Akzeptanz, sondern auch aktive Zustimmung zur Wärmewende ermöglichen
- 4. Die Stärkung der Organisationsmacht von unten, ohne die eine sozialgerechte Wärmewende nicht durchsetzbar sein wird

Andre Juffern, Mieterbund NRW Die Wohnungskrise in Deutschland spitzt sich immer mehr zu.

Hohe Mieten belasten die Men-



schen stark. Die Mietbelastung ist besonders bei einkommensärmeren Haushalten dramatisch hoch. Schon heute zahlen rund 26 Prozent der Haushalte in den 77 deutschen Großstädten mehr als 40 Prozent ihres Einkommens für die Warmmiete. Fast 12 Prozent aller Mieter*innen müssen sogar über 50 Prozent ihres Einkommens für die Wohnkosten entrichten. Die Situation verschärft sich noch, da die Kaltmieten weiter steigen, die hohen Energiepreise und die steigende Inflation fressen die Ersparnisse der Mieter*innen auf. Die neue Gemeinnützigkeit muss schnell eingeführt werden.

Mieterhöhungen in bestehenden Mietverhältnissen müssen für die nächsten sechs Jahre ausgesetzt werden. Die Mietpreisbremse muss deutlich nachgeschärft und Ausnahmen gestrichen werden, mithilfe einer Absenkung der Modernisierungsumlage auf maximal vier Prozent. Gleichzeitig ist die Einführung einer Kappungsgrenze von 1,50 Euro pro Quadratmeter innerhalb von sechs Jahren bei Modernisierungen notwendig, um Mieter*innen zu entlasten

Michael Weisenstein

Du hast die Möglichkeit, die Anlage des Waldes mit einer Spende ab 5 Euro (für 1 qm Wald) zu unterstüt-

zen. Als Dank für die Spende erhalten alle Spender*innen eine Urkunde. Die Urkunde wird per Post von der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Köln e.V. zugesendet. Ab einer Spende von 150 Euro kannst du ein Schild (Format 15×10 cm) bekommen, auf dem ein von dir selbst gewählter

Text (z.B. Name der Spende, Gröten Waldfläche) Stadt Köln bringt chenholzstelen Köln" an. Für Beaufwärts erhältst quittung.



Spender*in, Anlass ße der gespendeeingraviert wird. Die die Schilder an Eiim neuen "Wald für träge ab 100 Euro Du eine Spenden-

Ende November 2024 werden alle Waldspender*innen zu einer gemeinsamen Pflanzaktionen eingeladen, bei der sie ihre Bäume pflanzen können. Die Einladung zur Pflanzaktion erhältst du ca. 4 Wochen vor dem Pflanztermin. Für die Einladung werden alle Spendeneingänge bis zum 30.09.24 berücksichtigt.

Wenn du spenden möchtest, nutze bitte das elektronische Antwortformular unter folgendem Link: https://www.sdw-nrw-koeln.de/mitwirkung/spenden-einsechster-wald-fuer-koeln/



Zum Jahresausklang hat der Arbeitskreis Kunst, Kultur und Medien zum Ausflug in die sehenswerte "Karl Marx, Friedrich Engels und die Revolution 1848/1849" Ausstellung im historischen Archiv eingeladen.

Schon damals gab es eine Fraktion der Linken in der Nationalversammlung.

Bürgerbegehren Kliniken war nicht erfolgreich

Erforderliche Stimmenanzahl war in der Kürze der Zeit nicht zu schaffen

Das Bürgerbegehren hat nicht die erforderliche Anzahl an Unterschriften erreicht. Dieses Quorum ist rechtlich bindend. Damit ist das Bürgerbegehren gescheitert. Das erkennen wir an.

Es ist aber nicht deshalb gescheitert, weil die Befürworter der Standortauflösungen im Rat (CDU, Grüne, volt, FDP und auch große Teile der SPD-Ratsfraktion) die Menschen in dieser Stadt davon überzeugt haben, dass die Konzentration auf einen Standort richtig ist. Vielmehr sind die Unterstützer*innen an der Kürze der Zeit gescheitert.

In vier Wochen mehr als 24.000 Unterschriften zu sammeln ist eigentlich nicht zu schaffen. Schon gar nicht für ein Bürgerbegehren, dass in erster Linie von Menschen aus dem Einzugsgebiet der Krankenhäuser getragen wurde. Sie konnten sich nicht auf professionelle und hauptamtliche Strukturen von Gewerkschaften, Trägern oder Vereinen stützen. Dass sie 12.000 Unterschriften, also die Hälfte, in diesen paar Wochen gesammelt haben, war ein großer Kraftakt. Für dieses zivilgesellschaftliche

Engagement verdienen sie unseren höchsten Respekt. Das ist Demokratie von unten! Davon lebt Demokratie!

Den zweiten Ablehnungsgrund halten wir aber nicht für stichhaltig. Die Verwaltung bemängelt, dass im Bürgerbegehren nicht die Rede davon war, dass die Abteilungen aus Holweide oder das Kinderkrankenhaus in Merheim neu aufgebaut bzw. angesiedelt werden sollen. Dabei tut sie und die Ratsmehrheit so, als ob das durch diesen Beschluss felsenfest steht, also unumkehrbar ist.

Aber wie sieht denn die Realität aus? Es gibt viele Beschlüsse zur Sanierung oder zum Neubau, die weit fortgeschritten sind und trotzdem nicht umgesetzt werden. Und das betrifft viele soziale Einrichtungen, die dringend gebraucht werden und so marode sind, dass sie generalsaniert werden müssen.

Dazu gehört das Bürgerhaus MüTZe in Mülheim. Die 2019 beschlossene Sanierung wird nun nicht mehr durchgeführt. Genau dieselbe Geschichte ist dem Kulturbunker, dem zweiten sozialen Zentrum in Mülheim passiert. Beim Sozialen Zentrum Lino-Club war sogar schon die Landesbauministerin Frau Scharrenberger vor Ort, um den Scheck des Landes abzugeben. Auch hier wird es keine Sanierung geben. Den Kölner Museen schimmeln die Bestände weg, doch Sanierung der Depots oder der Neubau eines Zentraldepots – auf die lange Bank geschoben. Und, und, und...

Ein Krankenhaus ist schnell geschlossen. Die Grundstücke sollen ja an einen Investor verscherbelt werden. Auch das wird in Rekordzeit geschehen. Aber ob die Neubauten dann wirklich kommen, das hält Die Linke nicht für sicher – trotz des Beschlusses. Die Geschichte der Bau- und Sanierungsbeschlüsse des Rates spricht hier eine andere Sprache.

Wir halten nach wie vor an unserer Haltung fest, dass ein wohnortnahes Krankenhaus Leben retten kann. Bei häufigen Krankheiten wie Blinddarmentzündung, Herzinfarkten, aber auch bei inneren Verletzungen oder einem septischen Schock können Minuten ausschlaggebend sein.

Uschi Röhrig

Höhenentwicklungskonzept für die innere Stadt

Linksfraktion sieht neue Hochhäuser kritisch

Trotz der Krise auf dem Immobilienmarkt gibt es in Köln Pläne, neue Hochhäuser zu bauen. Die DEVK Versicherung plant die Erweiterung ihrer Zentrale an der Riehler Straße durch ein 145 m hohes Hochhaus. Im August gab der Stadtentwicklungsausschuss grünes Licht für ein zweiphasiges städtebauliches Wettbewerbsverfahren.

Musste die DEVK Versicherung noch gegen Widerstände ankämpfen und mit einem Wegzug aus Köln drohen, ging es beim jüngsten Hochhausbegehren ganz schnell: Nur zwei Wochen nach einem ersten Pressebericht über die Absicht der Flossbach von Storch Vermögensverwaltung am Messekreisel ein 120 m hohes Bürohochhaus zu errichten, beschloss der Stadtentwicklungsausschuss ein zweistufiges Gutachterverfahren.

Diese Beispiele zeigen die unbefriedigende Situation, in der sich die Stadt befindet. Politik und Verwaltung sind jeweils zu Einzelfallentscheidungen gezwungen, fehlt doch nach wie vor für große Teile der Stadt ein stimmiges und eindeutiges Hochhauskonzept.

Dabei hatte der Hauptausschuss die Verwaltung bereits im März 2020 beauftragt, ein Höhenentwicklungskonzept (HEK) für den links- und rechtsrheinischen Bereich innerhalb des Äußeren Grüngürtels (die sog. Innere Stadt) zu erarbeiten. Nach dem aktuellen Zeitplan der Verwaltung soll dieses HEK nun Mitte 2024 beschlossen werden.

Die Linksfraktion im Kölner Rat ist gegenüber Hochhäusern grundsätzlich kritisch eingestellt. Unter bestimmten Voraussetzungen sind wir allerdings bereit, uns auf eine Diskussion über ein Hochhaus einzulassen. Zentrale Voraussetzung ist ein erkennbarer Mehrwert für die Nachbarschaft und die Stadt.

Für die Zeit bis zum Beschluss des HEK wollen wir eine Begrenzung der zu genehmigenden Bauvorhaben auf 60 m. Damit haben wir uns im Mai 2023 im Stadtentwicklungsausschuss nicht durchsetzen können. Aber immerhin haben wir erreicht, dass - abweichend von der Beschlussvorlage der Verwaltung -

auch schon Hochhäuser unter 40 m ein besonderes Qualifizierungsverfahren durchlaufen müssen. Da unser Änderungsantrag nur in Teilen beschlossen worden ist, haben wir uns bei der Abstimmung über die vorläufigen Qualitätskriterien für die Bewertung aktueller Hochhausvorhaben enthalten.

Jetzt soll der Stadtentwicklungsausschuss über Grundsätze für die Entwicklung des Räumlichen Plans entscheiden und einen ersten Entwurf dieses Plans zur Kenntnis nehmen. Die Grundsätze können zwei Raumtypen zugeordnet werden:

- In Schutzbereichen sind neue Höhenentwicklungen grundsätzlich zu vermeiden.
- In Abwägungsbereichen sind Höhenentwicklungen grundsätzlich möglich.

Der daraus abgeleitete Plan umreißt dann grob die Bereiche, in denen neue Höhenentwicklungen entweder grundsätzlich zu vermeiden oder möglich sind.

Die Grundsätze sind:

- 1. Der Schutz des Weltkulturerbes bleibt bestehen. Die Sichtbeziehung zum Dom werden respektiert.
- Möglichkeit der Höhenentwicklung an den Ringen und Ausschluss weiterer baulicher Entwicklungen im Inneren Grüngürtel
- 3. Besondere Prüfung an Kanten zu Grünräumen
- 4. Höhenentwicklung an Stadtachsen und in Zukunftsräumen
- 5. Höhenentwicklung im rechtsrheinischen Korridor entlang der Frankfurter Straße
- 6. Möglichkeit der Höhenentwicklung an Campusstandorten mit besonderen Adressen
- 7. Bestehende Entwicklungen sind gesetzt. Noch undefinierte Bereiche großräumiger Entwicklungen (Weststadt) sind abzustimmen.
- 8. Kleinteilige Siedlungsbereiche sind für Höhenentwicklungen ungeeianet.

Diese Systematik ist aus meiner Sicht grundsätzlich nachvollziehbar und sinnvoll. Im Konkreten habe ich aber Einwände und Nachfragen:

Die Grundsätze 1, 8 und teilweise 2 begründen einen Schutzbereich. Hier sind Höhenentwicklungen also grundsätzlich zu vermeiden. Das unterstütze ich.

Die Höhenentwicklung an Stadtachsen und in Zukunftsräumen (Grundsatz 4), insbesondere im rechtsrheinischen Korridor (Grundsatz 5), sind plausibel. Hier sind m. E. Prüfungen möglicher Hochhauspläne denkbar.

Die privilegierte Möglichkeit der Höhenentwicklung an Campusstandorten (Grundsatz 6) und in der Weststadt (Grundsatz 7) lehne ich ab. Hier sollte, wie überall anders in den Abwägungsbereichen verfahren

Ein wichtiger Kritikpunkt: In dem Beschlussvorschlag der Verwaltung findet sich keine unterschiedliche Bewertung der Gebäude nach ihrer Höhe. Lediglich die maximal zulässige Höhe wird festgelegt: den Dom (157 m) darf kein neues Gebäude überragen. Dabei sprechen viele Gründe für eine Begrenzung der Höhe neuer Gebäude auf 60 m. Wird das Gebäude höher, kann die geforderte Nachhaltigkeit nur schwer gewährleitstet werden, und preiswerter Wohnraum kann kaum entstehen.

Hans Günter Bell



Was ist ein Hochhaus?

Von einem Hochhaus wird im Baurecht gesprochen, wenn die Oberkante eines Fußbodens 22,00 m über Gelände ist. Wie viel (hohe) Hochhäuser gibt es in Köln?

Die Stadtverwaltung legte in 2022 einen Übersichtsplan mit 57 Gebäuden vor. die 50 m oder höher sind: darunter elf mit einer Höhe von über 100 m. Den Dom (157 m) überragt nur der Fernsehturm.

TERMINE

Mo., 15. Januar

"Tapfer, unverzagt und lächelnd" - Rosa Luxemburg. Vortrag zum Leben und Werk von Rosa Luxemburg mit Ina Hoerner. rls-Veranstaltung.

Friedensbildungswerk, Obenmarspforten 7-11, 50667 Köln, 19.30 - 21 Uhr

26. und 27. Januar

Acht Stunden sind kein Tag ...aber genug für eine frühzeitig abgesetzte Serie

Workshop im Filmhaus im Rahmen der Reihe "Ihr Kampf ist unser Kampf -Streik 1973 bis 2023 und darüber hinaus". rls-Veranstaltung.

Kölner Filmhaus, Maybachstr. 111, 50670 Köln 26.1.2024, 13.30 Uhr 27.1.2024, 21.30 Uhr

Sa., 27. Januar

Gedenkveranstaltung zum Jahrestag der Opfer des Faschismus.



Do., 22. Februar

Die AG Linkes Kino zeigt den Film: Heza

Der Dokumentarfilm "Hêza" von Derya Deniz erzählt die Geschichte der Ezidin Suad Murad Xelef (Hêza), die zusammen mit 25 Mitgliedern ihrer Familie beim IS-Genozid 2014 verschleppt wurde. Ihr gelingt zu fliehen und zu einer Kommandantin der YJŞ (Fraueneinheiten Şengals) zu werden. Als Kommandantin ist sie an der Befreiung der Hauptstadt des selbsternannten IS-Kalifats Raqqa beteiligt. Der Dokumentarfilm wurde in Nord- und Ostsyrien, Raqqa und Şengal gedreht und entstand im Rahmen eines einjährigen Projekts



der Filmkommune Rojava. Er hat mehrere Filmpreise gewonnen.

Im Anschluss an die Filmvorführung diskutieren wir über den Film mit der Regisseurin Derya Deniz und der Produzentin Berfin Hezil.

20. 00 Uhr, Filmhaus, Maybachstr. 111 Eintritt:

8 Euro, ermäßigt 4 Euro (nur an der Abendkasse) Mehr Informationen: https://filmhaus-koeln.de/ Eine Veranstaltung der AG Linkes Kino der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Köln. Wir zeigen mehrmals im Jahr Filme und diskutieren über sie mit Fachleuten. Mal geht es um die Inhalte der Filme, mal um die Arbeit der Schauspieler*innen, der Produzent*innen oder der vielen Anderen, die an Dreharbeiten und Post-produktion beteiligt

Du bist an einer Mitarbeit in der AG Linkes Kino interessiert? Dann Mail an: guenter.bell@stadt-koeln. de

Fr, 12. Januar, 16.00 Uhr AK Soziales und Integration

FRAKTIONS-

TERMINE

Mo, 15. Januar, 19.30 Uhr AK Gesundheit + Inklusion Ausschussvorbereitung

Do, 18. Januar, 19:00 Uhr **AK Bildung und Jugend**

Do, 18. Januar, 19:00 Uhr **AK Verkehr**

Do, 25. Januar, 18.15 Uhr AK Kunst, Kultur + Medien Ausschussvorbereitung

Do, 25. Januar, 18.00 Uhr AK Bau, Liegenschaften, Stadtentwicklung und Wohnen

Di, 30. Januar, 18.15 Uhr **AK Frauen**

Do, 15. Februar, 18.15 Uhr AK Kunst, Kultur und Me-

Mo, 19. Februar, 19.30 Uhr AK Gesundheit und Inklusion

Di, 20. Februar, 18.30 Uhr **AK Soziales und Integration**

27. Januar 1945 KZ Auschwitz befreit

27. Januar 2024 Gedenkstunde für die Opfer des

Nationalsozialismus Erinner

Eine Brücke in die Zukunft

Samstag, 27. Januar 2024 18:00 Uhr

AntoniterCitykirche **Schildergasse**

Bürgermeister Andreas Wolters

Sprecher*innen Renate Fuhrmann Klaus Nierhoff Mascha Schwarzberger

Aktionsbündnis gegen Wohnungsnot und Stadtzerstörung, Klaus Jünschke

> Musik Chor des Hansa-Gymnasiums

> > Projektgruppe Gedenktag

Mahngang zur Salzgasse, es spricht Martin Sölle



Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln erhalten. Bitte schicken Sie den "Platz-jabbeck" kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

Name, Vorname

Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln Rathaus, Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln Tel. 221-278 40, E-Mail: dielinke@stadt-koeln.de

V.i.S.d.P. Michael Weisenstein

Es ist fünf vor zwölf!

In Chorweiler-Mitte und Seeberg gibt es immer Wohnungen, die in einem für die Mieter*innen katastrophalen Zustand sind: Aufzüge funktionieren nicht, Heizungen fallen aus, es gibt kein warmes Wasser, Wände schimmeln ...

Aber auch wenn die Mieter*innen sich beschweren, werden die Mängel nicht beseitigt.

Kurzum: Reparaturen und Sanierungen sind längst überfällig, aber gemacht wird nix!

Die Linksfraktion hatte die Probleme schon im Sommer aufgegriffen und Mieter*innen in das Rathaus eingeladen. Gemeinsam haben wir diese Zustände im Unterausschuss Wohnen angesprochen. Mit der Antwort der Kölner Stadtverwaltung sind wir nicht zufrieden.

Daher war er sehr gut, dass die Mieterkontaktstelle und das Büro für Gemeinwesenarbeit Chorweiler zu einer Protestaktion eingeladen haben: Am Mittwoch, 13. Dezember, haben wir auf dem Pariser Platz in Chorweiler zusammen mit betrof-

fenen Mieter*innen unserem Ärger Luft gemacht.

Auf Karten konnten die Mieter*innen aufschreiben, in welchem Haus es Missstände gibt. Mieterkontaktstelle und Büro für Gemeinwesenarbeit sammeln die Rückmeldungen und leiten sie an die Hauseigentümer*innen und Hausverwaltungen weiter.

Auch die Linksfraktion bleibt am Ball. Wir lassen nicht locker, bis diese katastrophalen Zustände beseitigt sind und alle Menschen in Chorweiler-Mitte und Seeberg gut wohnen können.

Fotos und Text: Hans Günter Bell



